

Reformitis

REFORMEN KRITISCH BETRACHTET



DIE ZEITSCHRIFT DER
AHS-GEWERKSCHAFT

62. Jahrgang
juli/august 2013 nr. 4

GEWERKSCHAFT
ÖFFENTLICHER DIENST



Ja, dürfen s' denn das?

Hat das vielleicht Staub aufgewirbelt! Da beschwerte sich ein Vater, weil zwei Lehrer die Leistung seines Sohnes mit „Nicht genügend“ beurteilt hatten. Am Ende des Instanzenweges wurde die Beurteilung bestätigt. Doch nun reichten die beiden Lehrer Privatklage gegen den Vater wegen Kreditschädigung ein – zweifelsohne ein ungewöhnlicher Vorgang.

Der Bundeselternvertreter findet, dass in einem derartigen Fall eine Klage unzulässig sein sollte (KURIER, 22.6.2013), weil Eltern in Zukunft abgeschreckt würden, sich über eine Lehrperson zu beschweren. Das zeugt von einem sehr eigenwilligen Rechtsverständnis. Gegen Dienstaufsichtsbeschwerden, Einsprüche gegen Bescheide etc. darf und kann natürlich nicht privatrechtlich geklagt werden. Wenn allerdings in solchen Schriftstücken Äußerungen getätigt werden, die z. B. den Tatbestand der Verleumdung oder Ehrenbeleidigung erfüllen, muss es wohl Lehrern wie allen anderen Personen in einem Rechtsstaat zustehen, dagegen gerichtlich vorzugehen.

Vielen ist übrigens gar nicht bewusst, dass einem Lehrer etwa in einem Berufungsverfahren im Gegensatz zu den Eltern keine Parteienstellung zukommt.

Der Elternvertreter kritisiert auch, dass Dienstaufsichtsbeschwerden nach derzeitiger Rechtslage die Behörde nicht zum Handeln zwingen, was gewiss ein Schwachpunkt ist. Kann man denn ein Überborden von Beschwerden durch Querulanten nicht anders verhindern?

Der wesentliche Schwachpunkt in all diesen Angelegenheiten ist aber meist die fehlende Dialog- und Gesprächskultur. Erziehen, Unterrichten und Beurteilen sind nun einmal ein pädagogisches Geschehen, das mit einem noch so detaillierten rechtlichen Regelwerk allein nicht beherrschbar ist. Wo zwischen Eltern, Lehrenden und Lernenden eine Vertrauensbasis besteht, werden sich Probleme auch lösen lassen – so wie das schon derzeit fast immer geschieht. Wenn in Einzelfällen diese Basis fehlt, muss im Konfliktfall der Rechtsweg helfen. Ob das neue Verwaltungsgericht als letzte Instanz vernünftige Lösungen bieten kann, bleibt allerdings abzuwarten.

MP

inhalt



4

top thema
REFORMITIS
REFORMEN KRITISCH
BELEUCHTET
Von Mag. Herbert Weiß

landesleitung aktiv
FRÜHJAHRSTAGUNG DER
ERWEITERTEN BUNDESLEITUNG
Von Mag. Verena Nägele

im focus
DIE QUAL DER WAHL
Von Mag. Dr. Eckehard Quin

**DER LEISTUNGSSTAND
UNSERER 10-JÄHRIGEN (TEIL 3)**
Von Mag. Gerhard Riegler

menschen
AUSZEICHNUNGEN
UND ERNENNUNGEN

service

aktuelle seite
„SOZIALPARTNERSCHAFT“
Von Mag. Dr. Eckehard Quin

nachgeschlagen

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die
Nr. 5/2013: 30. August 2013
Nr. 6/2013: 27. September 2013

Beiträge bitte per E-Mail an
office.ahs@goed.at

4

8

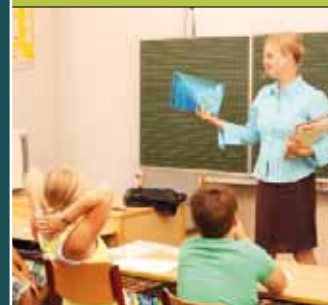
8



14

18

18



21

22

23

24

SEHR GEEHRTE FRAU KOLLEGIN! SEHR GEEHRTER HERR KOLLEGE!

„Wenn Frank Stronach die Gewerkschaften abschaffen will, geht zu Recht (und besonders laut von links) ein Aufschrei durchs Land; wenn für den roten Altgraden Androsch die Lehrergewerkschaft ärger ist als ein menschenverachtendes Regime, regt sich niemand. Bildungsexperte Androsch erweist der Unterrichtsministerin und der Regierung freilich einen schlechten Dienst. Keine Standesvertretung wird einknicken, nur weil ein Balkon-Muppet Schimpfftraden loslässt.“

Mit diesen Worten kommentierte Markus Ebert, Leiter des Ressorts Innenpolitik im „Neuen Volksblatt“, die verbalen Ausritte von Hannes Androsch, der tags zuvor die Lehrergewerkschafter mit Sowjetkommunisten verglichen hatte und Werner Faymanns Ankündigung, ein neues Lehrerdienstrecht auch ohne sozialpartnerschaftliche Einigung beschließen zu wollen, in „Österreich“ so kommentierte: „Das ist zwar in Österreich unüblich, aber rechtlich sehr wohl möglich. Und jetzt auch notwendig.“

In der Muppet-Show ist der Balkon aber nicht nur von einer Person besetzt. Bernd Schilcher meinte nach der Präsentation des ÖVP-Vorschlags zu einem neuen Lehrerdienstrecht in einem ORF-Interview: „Die AHS-Gewerkschaft scheint sich durchgesetzt zu haben, hat gesagt, nein, wir sind Bessere, daher kann, können wir nicht behandelt werden wie ein normaler Volksschullehrer oder Hauptschullehrer.“ Ich weiß nicht, ob der „Experte“ eine Leseschwäche hat, sich einfach nicht informiert oder wider besseres Wissen agitiert. Jedenfalls hat am 9. April 2013 die erweiterte Bundesleitung, das höchste Gremium der AHS-Gewerkschaft, einstimmig einen von mir formulierten Antrag beschlossen, in dem es wörtlich heißt: „Die erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert eine masterwertige und schulartenspezifische Ausbildung aller LehrerInnen – natürlich verbunden mit einer masterwertigen Bezahlung auf L 1-Basis.“

Ein Platz auf dem Balkon gebührt auch Wolfgang Fellner, Herausgeber von „Österreich“, einem besonders eifrigen Zurufer. Solange es Lehrergewerkschaften gibt, ist seiner Meinung nach jede Schulreform zum Scheitern verurteilt. „Die Regierung geht mit den Lehrer-Gewerkschaftern viel zu nobel um. Lehrer gehören nicht 24, sondern in Wahrheit 38 Stunden in die Klasse“, schrieb er in seiner mehrschüssigen Kurzwaffendruckschrift (vulgo „Revolverblatt“). Dagegen nimmt sich die Forderung des Grünen Bildungssprechers Walser ja geradezu bescheiden aus: „Grüne fordern 30 Stunden Pflichtanwesenheit“, war am 7. Juni 2013 auf ORF-Online zu lesen.

Und worum geht es wirklich? Erraten: „Um Geld für Schulreformen zu bekommen, brauchen wir ein neues Lehrerdienstrecht mit flacherer Gehaltskurve und höherer Stunden-Verpflichtung“, postulierte Bundeskanzler Werner Faymann in einem „Kurier“-Interview bereits im Oktober 2012.

Mag. Dr. Eckehard Quin,
Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft

editorial



Die Redaktion
wünscht erholsame
Ferien!



impresum

gymnasium. Zeitschrift der AHS-Gewerkschaft in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Herausgeber: Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Fritz Neugebauer. Medieninhaber: Die GÖD Wirtschaftsbetriebe Ges. m. b. H., A-1010 Wien, Teinfaltstraße 7. Chefredaktion und für den Inhalt verantwortlich: Mag. Verena Nägele, 1090 Wien, Lackierergasse 7, Tel.: 01/405 61 48, Fax: 01/403 94 88, E-Mail: office.ahs@goed.at. Redaktion, Produktion, Konzeption und Anzeigenverwaltung: Modern Times Media Verlagsges. m. b. H., 4020 Linz, Büro Wien: 1030 Wien, Lagergasse 6/35, Tel.: 01/513 15 50. Hersteller: Niederösterreichisches Pressehaus Druck- und Verlagsges. m. b. H., A-3100 St. Pölten, Gutenbergstraße 12. Verlagsort: Wien. Herstellungsort: St. Pölten. DVR-Nr.: 0046655. Namentlich gekennzeichnete Beiträge unterliegen der Verantwortung des Autors. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor. Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben in dieser Zeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Herausgebers und Medieninhabers, der Redaktion oder der Autor/innen ausgeschlossen ist. Die Redaktion behält sich das ausschließliche Recht der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren und der Verbreitung sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen der zum Abdruck gelangenden Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor.

MAG. HERBERT WEISS,
VORSITZENDER-STELLVERTRETER
UND BESOLDUNGSREFERENT
herbert.weiss@goed.at



Reformitis

REFORMEN KRITISCH BETRACHTET



Der Ruf nach "dringend notwendigen Reformen" auf der einen Seite und der Wunsch nach der Möglichkeit, sich endlich einmal auf die Kernaufgaben des Lehrberufs konzentrieren zu können, prägen unsere Arbeit.

„95 Prozent der bildungspolitischen Maßnahmen [...] hätten empirisch betrachtet keinen positiven bzw. einen negativen Effekt gehabt. Statt ständiger Strukturreformen und statt Methodenwahn möge man sich auf Bewährtes konzentrieren.“ Ausgehend von diesem Kommentar Heinz-Peter Meidingers, des Bundesvorsitzenden des deutschen Philologenverbandes, zur Hattie-Studie („Profil“ vom Jänner/Februar 2013, Seite 3) möchte ich einige Reformen kritisch beleuchten, denen sich die österreichische Schule und im Speziellen die Gymnasien in den letzten Jahren unterziehen mussten.

LEHRPLANREFORMEN

Meine gesamte Berufslaufbahn begleitet mich die mediale Forderung nach einer angeblich überfälligen „Entrümpelung“ der Lehrpläne. Seither habe ich einige Reformen erlebt. Auch wenn es bei den Inhalten der Lehrpläne, die mich als Lehrer für Mathematik und DG direkt betreffen, wichtigere und weniger wichtige geben mag, Gerümpel habe ich bisher in keinem Lehrplan entdecken können. Die Einschätzung mancher „Experten“¹ sieht hier anders aus. Ob diese aber auf der Kenntnis der dafür nötigen Hintergründe beruht, sei dahingestellt. Manchmal erinnern mich diesbezügliche Aussagen an die kindliche Ansicht mancher unserer Schüler,

die bei Diskussionen über Lehrinhalte den für sie erkennbaren direkten Nutzen vermissen, meist aber nicht verstehen, dass mit verschiedenen Inhalten auch jene Dinge vermittelt werden, die man heute gerne in den Bereich der Schlüsselqualifikationen einreicht.

Eine dieser Lehrplanreformen durfte ich als Leiter der Arbeitsgemeinschaft für DG und GZ in der Steiermark von Beginn an erleben.

Gleich beim ersten Vortrag eines Ministerialbeamten, der uns die Vorgangsweise bei der Erstellung der neuen Lehrpläne schilderte, musste ich feststellen, dass diese und wohl auch viele andere Reformen nicht dort ansetzen, wo man sich

das als Lehrer vorstellt. Man begann schon damals nicht den Bau des „Lehrplan-Hauses“ mit dem Fundament. Es ging nicht darum, dass man ausgehend von den allgemeinen Bildungszielen zunächst klärt, welche Fächer welche Beiträge dazu leisten könnten. Es ging auch nicht um eine Koordination der einzelnen Inhalte. Dafür fehlte nach Auskunft unseres Vortragenden die Zeit. Dass das leider nicht nur damals der Fall war, zeigt z. B. die Entwicklung im Bereich der Geometrie. Obwohl unter den allgemeinen Bildungszielen des AHS-Lehrplans nach wie vor die Vermittlung des Raumvorstellungsvermögens angeführt wird, werden Lehrplaninhalte, die darauf ausgerichtet sind, gekürzt und als nicht mehr so wichtig hingestellt.

Damit bin ich schon bei jener Lehrplanreform, die eigentlich gar keine ist. Ich meine die Einführung der Bildungsstandards bzw. der Kompetenzorientierung. Dass ich diese nicht wirklich für einen Fortschritt halte, sei hier nur am Rande festgehalten. Wenn man sie aber als die Innovation ansieht, als die sie immer wieder hingestellt wird, muss man konsequenterweise die Grundkompetenzen im Lehrplan verankern. Erst damit werden sie nämlich für alle Lehrer und natürlich auch für Lehrbuchautoren verbindlich und können nicht durch das BIFIE oder irgendjemand anderen zwischen Tür und Angel verändert werden. Mit der Verankerung im Lehrplan wäre auch eine Begutachtung verbunden, die viele Irrwege vermeiden helfen könnte. Z. B. halte ich es geradezu für einen Betrug an unseren Oberstufenschülern, dass sich die Grundkompetenzen im Mathematikunterricht nicht an den Anforderungen der Universitäten orientieren. Mit der Verankerung der Grundkompetenzen im Lehrplan müsste man aber auch zur Unterteilung in Kernstoff bzw. Grundkompetenzen und Erweiterungsstoff zurückkehren, die bei einer der vielen Reformen in den letzten Jahren verloren gegangen ist.

Kritiker werden vielleicht anmerken, dass ich als Gewerkschafter wieder einmal nicht von Kompetenzen, sondern von Inhalten rede. Wer sich mit den inzwischen eingeführten Grundkompetenzen aber

¹ Personenbezogene Bezeichnungen umfassen gleichermaßen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.



wirklich beschäftigt hat, wird einsehen, dass an die Devise „Kompetenzen statt Inhalte“ nur unsere Bildungspolitiker und manche ihrer Experten glauben. Sowohl im Modell für Mathematik als auch in dem für DG sind die Kompetenzen in drei Dimensionen gegliedert, von denen eine die Inhaltsdimension ist. Mit dem Einwand „keine Kompetenz ohne Inhalt“ sind wir bösen „Betonierer“ von der Gewerkschaft offensichtlich nicht alleine geblieben.

Die nächste Lehrplanreform ergibt sich aus der Einführung der modularen Oberstufe. Die Reform bringt eine Semestrierung der Leistungsbeurteilung. Die dafür unabdingbare Semestrierung der Lehrpläne lässt aber immer noch auf sich warten. Wen wundert es, dass sich unter diesen Bedingungen der Andrang auf die Einrichtung von Schulversuchen zur modularen Oberstufe nach dem im Gesetz vorgesehenen Modell in sehr überschaubaren Grenzen hält? Erschwerend kommt hinzu, dass die neue Reifeprüfung nicht etwa nach dem ersten Durchlauf der modularen Oberstufe starten soll, sondern parallel zu ihr.

REIFEPRÜFUNG

Seit der ersten Maturareform, die ich in meiner Tätigkeit als AHS-Lehrer in diesem Bereich erlebt habe, sind nun schon 20 Jahre vergangen. Auch wenn die Auswirkungen dieser Neuerung auf den Unterricht in der Oberstufe in mancherlei Hinsicht nicht so groß waren, wie sich das manche damals erwartet hatten, würde ich sie trotzdem grosso modo als gelungen bezeichnen. Bei den vielen Maturaterminen, die ich seither als Prüfer bzw. Kommissionsmitglied erlebt habe, gab es bei Fachbereichsarbeiten, vertiefenden oder fächerübergreifenden Prüfungen bzw. bei Spezialgebieten viele interessante Themen. Ob die vorwissenschaftlichen Arbeiten all das in Zukunft aufwiegen können, wage ich zu bezweifeln.

Die aktuelle Reform der Reifeprüfung halte ich für alles andere als gelungen. Einerseits wurde uns immer eine teilzentrale Form versprochen, die sich viele immer noch wünschen, andererseits hält die Reform aus meiner Sicht keines der großspurigen Versprechen, die gemacht wurden, um die zu erwartenden Widerstände zu minimieren. In der Mathematik brächte eine teilzentrale Reifeprüfung unter anderem folgende Vorteile: Man könnte sich die vielen Prüfungsvarianten für AHS und die verschiedenen Typen der BHS ersparen. Der zentrale Teil könnte für alle gleich sein. Der klasseninterne könnte an den Schultyp, die Schwerpunkte des Unterrichts und die verschiedenen Interessenslagen der Schüler angepasst werden. Wenn beide Teile positiv absolviert werden müssten, brächte das gegenüber der

jetzt geplanten Variante auch garantiert keinen Niveauverlust. Ich wage sogar zu behaupten, dass das Niveau weit höher wäre als bei einer zwar teilzentral genannten, in Wirklichkeit aber vollzentralen Variante, die sich naturgemäß am untersten Niveau orientieren muss.

Bei einer teilzentralen Matura könnte man natürlich nicht mehr behaupten, dass sie absolut „objektiv“ und damit viel fairer wäre als die bisher übliche. Man könnte auch nicht mehr davon sprechen, dass sich die Universitäten zukünftig auf ein genormtes Leistungsniveau bei der Reifeprüfung verlassen und auf ihm aufbauen können. Eine einheitliche Prüfung könnte aber nur dann als objektiv und fair bezeichnet werden, wenn es auch den dazugehörigen Einheitslehrer und den passenden Einheitsunterricht gäbe. An diese Horrorvision möchte ich aber gar nicht denken.

Wie sich eine standardisierte Prüfung mit der geforderten Individualisierung verträgt, konnte mir noch kein Experte erklären.

Auch das zweite Versprechen kann natürlich nicht eingehalten werden: Solange sich die Inhalte des Unterrichts und der Prüfungen – schon wieder dieses altmodische Wort – nicht an denen orientieren, die Universitäten, Fachhochschulen etc. einfordern, werden alle Bildungsinstitutionen, in die unsere Maturanten eintreten (wollen), ihre eigenen Aufnahmekriterien mit den dazu passenden Prüfungen beibehalten. Wenn die Zentralmatura den gefürchteten Niveauverlust bringen sollte, werden weitere Zugangsbeschränkungen und Aufnahmeverfahren wohl unvermeidlich sein.

LEISTUNGSBEURTEILUNG

Eine Reform der Leistungsbeurteilungsverordnung wird schon seit Jahren angekündigt. Was bisher vorliegt, ist bloß der Versuch, Prüfungsformate und organisatorische Rahmenbedingungen an die der zentralen Reifeprüfung anzupassen.

Um wieder die Mathematik als Beispiel zu nehmen: Ich kann der fundamentalen Bedeutung der sogenannten Grundkompetenzen mit der oben genannten Einschränkung durchaus etwas abgewinnen. Die kolportierten Beurteilungsmodelle halte ich aber nicht für sinnvoll. Zu meiner Zeit als Schüler wurde die Umstellung der Beurteilung von der reinen Kontrolle der Endergebnisse auf das Nachvollziehen des Rechengangs als Innovation vollzogen. Ich persönlich halte auch heute noch viel davon. Jetzt geht man aber den Weg wieder zurück zur Kontrolle der Endergebnisse. Sinnvolle Rechengänge oder richtige Zwischenergebnisse verlieren an Bedeutung. Große Probleme schafft auch der für

den Endausbau der Reform geplante Einsatz von höherwertigen Technologien bei der Reifeprüfung. Die Schulen werden im Regen stehen gelassen, wenn es um die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur bzw. die Finanzierung der nötigen Geräte geht. Außerdem lassen tertiäre Bildungseinrichtungen diese Technologien bisher bei Prüfungen gar nicht zu. Ein böses Erwachen an den Unis scheint vorprogrammiert.

Noch immer ist man mit der Vorbereitung der neuen Reifeprüfung nicht so weit, wie man es vorgibt. Dahinter könnte aber auch System stecken. Welche der beiden Varianten zutrifft, wage ich nicht zu sagen. Gemeint ist die Unsitte, dass man sich vom Ministerium abwärts hinter Empfehlungen versteckt, die im Text meist wie Verordnungen formuliert sind. Kollegen, die sich aus diesen Texten Informationen holen wollen, sind gezwungen, entweder in den Gesetzen oder Verordnungen nachzulesen, was nun wirklich geboten und was nur empfohlen ist, oder all das, was in den „Empfehlungen“ geschrieben ist, einfach widerspruchslos umzusetzen. Wo sind bloß die Zeiten, in denen man Verordnungen und Kommentare eindeutig auseinander halten konnte?

WEITERE REFORMEN

Zum Abschluss möchte ich kurz auf jene „Innovationen“ im Schulwesen eingehen, die einerseits durch Gesetzesänderungen, andererseits aber auch durch Einflüsse von außen, etwa durch die schon angesprochenen „Experten“, auf uns einprasseln. Beginnen möchte ich mit der Forderung, im Unterricht innovative Methoden einzusetzen und den angeblich so schlechten Frontalunterricht endlich abzuschaffen. Dazu mögen zwei Zitate genügen:

„Die Ergebnisse zeigen, so Hattie (S. 243), dass aktiver und von Lehrpersonen gelenkter Unterricht effektiver ist als ein Unterricht, bei dem die Lehrenden als Lernbegleiter und Lernunterstützer nur indirekt in das Geschehen eingreifen: ‚(...) only minimal guidance (...) does not work!‘.“²

„Für offenes Lernen brauche man Fähigkeiten wie Selbstständigkeit und Selbstorganisation, genau diese Fähigkeiten repräsentierten allerdings ein Regel- und Normensystem, das typisch für die Mittel- und Oberschicht erziehung sei. Da Kinder aus der Unterschicht mit solchen Normsystemen nicht vertraut seien, seien sie systematisch benachteiligt.“³

Auf die Forderung nach der Gesamtschule möchte ich hier aus Platzgründen nicht näher eingehen. Wer aber die vielen Expertisen der Bildungswissenschaft ignoriert, die eindeutig zeigen, dass keine Gesamtschule der Welt die soziale Selektion verhindern kann, sollte zugeben, dass er über staatliche

Gesamtschulen andere Ziele verfolgt – die für die Betreiber international sehr lukrative Privatisierung von Bildung.

Das Thema, das uns Lehrer seit einigen Jahren, intensiv aber seit Mai des Vorjahres, besonders beschäftigt, ist das neue Dienstrecht. Auf die Inhalte brauche ich hier nicht näher einzugehen. Eckehard Quin hat diese in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift geschildert. Dass eine derartige Reform negative Auswirkungen auf die Schule haben muss, liegt auf der Hand. Das neue Dienstrecht würde Leistungs willen nicht fördern, sondern geradezu bestrafen. So wird man nicht die Besten der Besten in ein Lehramtsstudium locken können. Dass wir uns in dieser Beziehung von der Unterrichtsministerin nicht mehr erwarten können, wissen wir aus sechsjähriger Erfahrung mit ihr. Das von uns seit Jahren geforderte und von der Politik der Öffentlichkeit in Sonntagsreden versprochene Supportsystem von Psychologen und Sozialarbeitern ist ebenso Fiktion geblieben wie die bürokratische Entlastung.

Wir Lehrer wünschen uns wohl zu Recht, dass wir uns in Zukunft wieder mehr auf unsere Kernaufgaben konzentrieren können. Dass wir dazu nicht ständiges „Herumdoktern“ am Schulsystem und das gleichzeitige Aufreißen von Gräben an vielen Orten, sondern ein Konzept, Verlässlichkeit und systematische Verbesserungen brauchen, haben wir bei vielen Gelegenheiten unmissverständlich artikuliert.

Bis es ein überlegtes und zielführendes Konzept gibt, fordere ich gemeinsam mit Josef Kraus, dem Vorsitzenden des Deutschen Lehrerverbandes: „Lasst die Schulen doch endlich ihre Arbeit machen, statt sie durch Reformen mit immer kürzerer Halbwertszeit zu jagen. [...] Mal keine Schulreform, das wäre doch einmal eine Reform!“⁴ „Mal keine Schulreform“ könnte durchaus der Qualität dienen. Denn: „Bayern führt seit Jahren den innerdeutschen PISA-Vergleich mit an und gehört dabei zu den konservativsten und nicht revolutionärsten Schulsystemen.“⁵ ■

2 Ulrich Steffen u.a., „Was ist das Wichtigste beim Lernen? Die pädagogisch-konzeptionellen Grundlinien der Hattieschen Forschungsbilanz aus über 50.000 Studien“, 12. September 2011

3 Prof. Dr. Michael Sertl, Soziologe, Der Standard ONLINE vom 9. April 2013

4 Die Tagespost vom 6. Mai 2013

5 Mag. Mathias Brodkorb, Bildungsminister Mecklenburg-Vorpommerns, SPD, „Das Gymnasium in Bayern“ (April 2013), Seite 11



Frühjahrstagung der Erweiterten Bundesleitung

BERICHT ÜBER DIE ZWEITÄGIGE ARBEITSTAGUNG IN BADEN (NIEDERÖSTERREICH)

Zur heurigen Frühjahrstagung der Erweiterten Bundesleitung (8. – 9. April 2013) lud die Landesleitung Niederösterreich ein. Gemäß den Statuten der GÖD setzt sich die Erweiterte Bundesleitung (EBL) aus den Vorsitzenden und Vorsitzenden-Stellvertretern¹ der Landesleitungen, aus den vom Bundestag 2011 gewählten weiteren Mitgliedern sowie den Mitgliedern der Bundesleitung zusammen. Anwesend waren:

Dir. HR Mag. Adam Hans (FCG), Dir. HR Mag. Andexlinger Franz (FCG), Mag. Andorf Manfred (FCG), OStR Mag. Aublinger Hannes (FSG), OStR Mag. Auer Florian (FCG), Mag. Bachmayr Gerald (FCG), Mag. Becha Gerwald (FCG), Mag. Böckle Markus (FCG), Dir. Mag. Dr. Digruber Karl (FCG), Mag. Dörrich Claudia (FCG), Mag. Friebel Peter (FCG), Mag. Hafner Ursula (FCG), OStR Mag. Haiden Anton (FCG), Mag. Hofer Matthias (FCG), Mag. Jantscher Manfred (FCG), Mag. Keil Alexander (FCG), Mag. Lorenz Robert (FCG), Dir. Mag. Malli Fritz (FCG), Mag. Meiser Andrea (FCG), Mag. Mitterschmöllner Hermann (FSG), OStR Mag. Möslinger Brigitte (FCG), OStR Mag. Müller Werner (FCG), OStR Mag. Muth Wolfgang (FCG), Mag. Nägele Verena (FCG), Mag. Paleta Elfriede (FCG), Mag. Petermichl Heidemarie (FSG), Dir. Mag. Plötzeneder Johannes (FCG), Mag. Pospischil Christa (FCG), Mag. Dr. Pusnik Gerhard (ÖLI-UG), Mag. Dr. Quin Eckehard (FCG), Mag. Riegler Gerhard (FCG), Mag. Rosza Susanne (FCG), Mag. Dr. Sainitzer Lukas (FCG), OStR Mag. Schmidt Elisabeth (FCG), Mag. Schönlaub Mirjam (ÖLI-UG), Mag. Schwaiger Christian (ÖLI-UG), Mag. Sellner Reinhart (ÖLI-UG), OStR Mag. Sloniowski Sonja (FCG), Mag. Sommer-Hubatschke Cornelia (FCG), Mag. Teimel Eva (FCG), OStR Mag. Trattler Gerhild

(FCG), Mag. Weiglunz Adolf (FSG), Mag. Weiß Herbert (FCG), Mag. Zahradnik Michael (FSG), OStR Mag. Zeithofer Karl (FCG), Dr. Mag. Zins Isabella (FCG)

ERÖFFNUNG UND AKTUELLE BERICHTE DER VORSITZENDEN

Die Vorsitzende der Niederösterreichischer Landesleitung, Mag. Eva Teimel, begrüßte die Delegierten und informierte über den organisatorischen Ablauf der zwei Arbeitstage, die im Anschluss von unserem Vorsitzenden Mag. Dr. Eckehard Quin eröffnete wurde.

Der Vorsitzende informierte ausführlich über aktuelle Entwicklungen und Schwerpunkte rund um das neue Dienstrecht und die drohenden Auswirkungen für neueintretende sowie bereits im Dienst befindliche Lehrpersonen.

BERICHTE AUS DEN BUNDESLÄNDERN

BURGENLAND

Mag. Gerwald Becha berichtete:

- Mitgliederstand: Die Landesleitung AHS Burgenland weist mit Stichtag 31. 12. 2012 eine Organisationsdichte von ca. 50 % auf. Nach einem fraktions- und sektionsübergreifenden Beschluss des erweiterten Landesvorstandes haben wir im Herbst 2012 intensiv an allen AHS daran gearbeitet, die Kollegen davon zu überzeugen, dass es nicht nur von Vorteil, sondern auch wichtig ist, Mitglied der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zu sein.
- Leiterbestellungen: Im Kollegium des LSR wurde die „Leiterbestellung neu“ beschlossen: ein neues System zur Bestellung von Direktoren basierend auf nunmehr drei Kernpfeilern – Berufsbiografie (90

v. l. n. r.:
Mag. Herbert Weiß,
Mag. Dr. Eckehard
Quin, Mag. Michael
Zahradnik



Punkte), Persönlichkeitstest (60 Punkte) und Anhebungsverfahren (135 Punkte). Die Möglichkeit der Punktevergabe seitens des SGA entfällt ersatzlos, was an diesem neuen Verfahren kritisch zu betrachten ist. Es besteht jedoch die Möglichkeit einer „indirekten“ Punktevergabe beim Hearing – es können unter dem Titel „standortbezogene Handlungskompetenz“ von allen 5 Mitgliedern der Kommission bis zu 22 Punkte insgesamt vergeben werden. Daher erscheint es umso wichtiger, dass der SGA in seiner schriftlichen Stellungnahme entsprechend argumentiert, um Präferenzen der Schulgemeinschaft deutlich zu machen. Es ist erfreulich, dass das neue Verfahren zur Leiterbestellung zur Qualitätssicherung nach einem Jahr evaluiert werden soll.

KÄRNTEN

Mag. Manfred Jantscher berichtete:

- Personalsituation: Derzeit sind an den Kärntner AHS 1.285 Lehrer beschäftigt. Knapp ein Drittel davon ist pragmatisiert. Im laufenden Schuljahr gibt es 66 Neuanstellungen, davon 18 mit Sonderverträgen. Es unterrichten 270 Lehrpersonen an den NMS (2136 Stunden), davon kommen 57 aus den AHS.
- Schülerzahlen: Laut Prognose der Statistik Austria ist in Kärnten ein Schülerrückgang zu erwarten. Derzeit besuchen 12.387 Schüler die AHS. Das sind um 80 Schüler weniger als im letzten Jahr. Der Andrang an den NMS bleibt trotz massiver Werbung überschaubar.
- Leiterbestellungen: An den 23 AHS Standorten gibt es derzeit viele Direktoren-Neubestellungen. Der Amtsführende Präsident Rudi Altersberger (SPÖ) hat angekündigt, das Kärntner Auswahlverfahren zu reformie-

ren und die Meinung des SGA zu berücksichtigen.

- Anstellungssituation: Nach momentanem Stand wird es an den AHS 67 Stellenausschreibungen geben (v. a. Mathematik, Deutsch, Englisch). 15 Stellen werden für die NMS gebraucht. Warteliste gibt es keine mehr.
- Mitgliederstand: Die Zusammenarbeit in der Landesektion funktioniert über die Fraktionsgrenzen hinweg gut und wir werden uns weiterhin bemühen, die Kollegen von der Wichtigkeit der Mitgliedschaft zu überzeugen. Derzeit sind etwa 50 % der Kollegen Gewerkschaftsmitglieder.

NIEDERÖSTERREICH

Mag. Eva Teimel berichtete:

- Mitgliederstand: Per 31. 12. 2012 hatten wir 2.223 Mitglieder, was einen Organisationsgrad von 68,1 % bedeutet und uns damit in NÖ zu den Landesvertretungen mit den höchsten Organisationsdichten zählen lässt. Als eine der wenigen Landesvertretungen konnten wir uns auch über ein Wachstum von 1,88 % freuen, was insofern erstaunlich ist, da es durch die Altersstruktur der Lehrpersonen zu immer mehr Pensionierungen (und somit Übertritten in den Bereich der GÖD Pensionisten) kommt.
- Personalvertreter-Kurs: Im November 2012 haben wir einen niederösterreich-spezifischen Grundkurs (1-tägiger Crash-Kurs) angeboten, der gut besucht war, da es an vielen Schulen bzw. Neugründungen zu einer Änderung bzw. Neuwahl der Personalvertretung kam.

1 Personenbezogene Bezeichnungen umfassen gleichermaßen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.



- „Tag des Gymnasiums“: Besonders involviert war die Landesleitung AHS NÖ bei der Organisation und Durchführung des „Tages des Gymnasiums“ am 7. November 2012. Alle niederösterreichischen AHS-Standorte planten standortspezifische Aktionen. Die Landesleitung NÖ sponserte die Schulen mit 5.400 Stück „Zotter“-Schokoladen mit Gymnasium-Logo. Ein voller Erfolg war auch die gemeinsame Pressekonferenz mit Vertretern des LSR und der Politik in St. Pölten. Derzeit ist der „Tag des Gymnasiums 2013“ in Planung, für den die Landesleitung AHS pro Schule 1.000 Aufkleber mit dem Gymnasium-Logo zur Verfügung stellen wird.

OBERÖSTERREICH

Mag. Franz Andexlinger berichtete:

- Werteinheiten-Situation: Die Werteinheitensituation ist angespannt. Eine Reihe an Zusatzangeboten musste eingespart werden. Durch einen „Nachschlag“ an Werteinheiten konnte die Situation etwas entschärft werden, Unmut ist aber geblieben. Die AHS-Gewerkschaft OÖ fordert – vor allem im Hinblick auf die steigenden Schülerzahlen in den ORGs – eine Erhöhung der Maßzahlen für die Werteinheitenzuteilung. Landesschulräte und Gymnasien dürfen nicht zu Mängelverwaltern werden. Im kommenden Schuljahr 2013/14 ist sowohl in der Unter- als auch in der Oberstufe mit einem Zuwachs an Schülern sowie Klassen zu rechnen.
- Beschäftigungssituation: Vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern sowie in Englisch, Deutsch, Latein und Musikerziehung herrscht ein Lehrermangel. Wenn Lehrer während des Schuljahres ausfallen, müssen die Stunden meist auf Mehrdienstleistungsbasis gehalten werden. Einen Lehrerüberschuss gibt es in Textilem Werken, Bildnerischer Erziehung, Französisch sowie Philosophie und Psychologie.

- In Oberösterreich haben im November 2012 zwei AHS-Standorte um einen Schulversuch „Modulare Oberstufe“ angesucht. Genehmigt wurden die Schulversuche Anfang 2013. Zur Verwunderung aller Betroffenen dürfen jedoch wesentliche Bereiche der bereits gesetzlich fixierten modularen Oberstufe nicht erprobt werden.

SALZBURG

Mag. Claudia Dörrich berichtete:

- Beschäftigungssituation: In Salzburg gibt es Mangel-fächer (naturwissenschaftliche Fächer, Deutsch), aber auch Fächer mit Überschuss (Französisch, Italienisch, Spanisch, Philosophie und Psychologie). Ein großes Problem stellt das Stadt-Land-Gefälle dar: Lehrer, die am Beginn ihrer Berufslaufbahn am Land bald IL-Verträge erhalten haben, werden nur schwer in die Stadt bzw. in Stadtnähe versetzt, da eine Nachbesetzung ihrer Posten schwierig ist. Abhilfe könnten Lehrpersonen aus Bayern schaffen, die vermehrt in Salzburg unterrichten wollen, da die Verkürzung der Gymnasialzeit in Deutschland zu einem Lehrerüberschuss geführt hat.
- Werteinheiten Mittleres Management: Im März drohten die Einrechnungen für das Mittlere Management für das laufende Schuljahr 2012/13 mit sofortiger Wirkung eingestellt zu werden.
- Provisorische Lehrfächerverteilung für 2013/14: Im Bereich AHS in Salzburg gab es laut BMUKK im vergangenen Schuljahr einen Überhang von ca. 700 Werteinheiten, weshalb die Schulen heuer angewiesen wurden, Freigegegenstände und unverbindliche Übungen restriktiv einzuplanen und die Erfordernisse bei Schwerpunktbildungen auf das Minimum zu beschränken. Aufgrund falscher Schülerzahlen beim BMUKK stellte sich die Situation schließlich etwas weniger dramatisch dar. Die Verunsicherung war dennoch groß.

Größtenteils Einstimmigkeit bei den Abstimmungen



- Mitgliederstand: Der Mitgliederstand hat sich mit Ende 2012 im Vergleich zu Ende 2011 um 6,66 % erhöht.

STEIERMARK

Mag. Hans Adam berichtete:

- Mitgliederstand: In der Steiermark ist trotz Pensionierungen ein leichter Anstieg der Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Durch die Werbeaktion des Landesvorstandes Steiermark konnten junge Kollegen für die GÖD Mitgliedschaft gewonnen werden.
- Lehrermangel: In der Steiermark ist der Lehrermangel weniger dramatisch. Mangelfächer können durch Nachbesetzungen und von Unterrichtspraktikanten bedeckt werden. Zur Zeit sind 30 Quereinsteiger, v. a. in Mathematik, beschäftigt.
- Schülerzahlen: Der Großraum Graz hat einen leichten Anstieg (1. Klasse VS), in den Regionen sinken die Schülerzahlen jedoch dramatisch, sodass insgesamt ein Rückgang zu erwarten ist.
- Klassenschülerhöchstzahlen: Nicht an allen AHS-Standorten wird die Klassenschülerhöchstzahl 25 eingehalten.
- Werteinheitensituation: Für 2012/13 konnte bzgl. der Werteinheiten-Zuweisung eine größere Zufriedenheit erreicht werden.
- SQA: Das SQA-Programm wurde mit dem 2. Semester gestartet. Nur in Einzelfällen war der Hinweis auf die Einbindung der PV notwendig. Die in SQA vorgesehen Schritte sind in der Steiermark an den AHS schon einige Jahre durch die Schulaufsicht unterstützt und eingefordert worden.
- Leiterbestellungen: Die Entwicklung eines neuen Objektivierungsverfahrens für die Leiterbestellung im Bereich der Pflichtschulen wird genau beobachtet, da die pädagogischen Aspekte zu wenig berücksichtigt und die Mitsprache der gewählten Vertreter der Lehrerschaft durch ein scheinbar objektives

Punktesystem ersetzt werden soll. Die Lehrervertretungen müssen im neuen Modell sozialpartnerschaftlich berücksichtigt werden.

TIROL

Mag. Dr. Karl Digruber berichtete:

- Schülerzahlen: Seit dem Schuljahr 2007/2008, in dem wir mit 14.506 Schülern einen Höchststand an den Tiroler AHS hatten, sind die Schülerzahlen zurückgegangen. Ab dem laufenden Schuljahr sind sie wieder gestiegen und wir stehen derzeit bei 14.238. Ganz anders die Klassenzahl: Da hat es seit 2007/08 bis heute eine kontinuierliche Entwicklung von 583 auf 616 gegeben.
- Personalsituation: Im vergangenen Schuljahr gingen 42 Lehrpersonen in Pension und 7 verließen nach Kündigungen den Schuldienst. Im laufenden Schuljahr erfolgten 518 Bewerbungen, davon konnten 298 Zuweisungen erfolgen. Auch 41 positive Erledigungen von Versetzungsansuchen können verzeichnet werden. Der Mangel an Lehrkräften wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken, in Mathematik und Physik besteht er bereits. Bis jetzt konnte man auch die anfallenden Bundesstunden in den NMS zu 64,6 % mit Bundeslehrern bedecken. Die weitere Entwicklung ist allerdings ungewiss.

VORARLBERG

Mag. Robert Lorenz berichtete:

- Lehrermangel: Der Lehrermangel an den Gymnasien Vorarlbergs wird zunehmend unerträglich. Dies betrifft derzeit vor allem Mathematik und Physik.
- Werteinheitensituation: Ab Herbst 2013 fehlen an allen 14 Vorarlberger Gymnasien allein für die Abdeckung der Pflichtstunden etwa 600 Werteinheiten. Ein Grund ist die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl. Der andere Grund ist der relativ hohe Anteil der BORG-Schulen in Vorarlberg (42,6 % Anteil an



Konstruktive Arbeitsatmosphäre



allen Gymnasien), welche anteilmäßig mindestens 6 Werteinheiten pro Klasse mehr verbrauchen als die Oberstufenklassen der Langformgymnasien. Im Vergleich dazu ist für die NMS in Vorarlberg ab dem Schuljahr 2013/2014 eine Erhöhung im Ausmaß von 4.000 Werteinheiten vorgesehen. Der Gesamtverbrauch aller Gymnasien liegt bei etwa 16.000 Werteinheiten. Die p93-Werteinheiten für nichtunterrichtliche Tätigkeiten sollen künftig um 50 % eingespart werden. Einige Projekte des Landesschulrates (z. B. die eLearning-Koordination und diverse ARGE-Leiter-Tätigkeiten) müssen somit gestrichen werden. Die p93-Werteinheiten für SQA gehen auf Kosten des Mittleren Managements.

WIEN

Mag. Alexander Keil berichtete:

- Neuregelung bei der Bewerbung im Bereich des SSR: Heuer wird es im SSR für Wien erstmals eine Online-Bewerbung geben. Dokumente und Einreichunterlagen müssen dazu digitalisiert an den SSR gesendet werden. Um einen sicheren und reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, wird es Unterstützung und Hilfe beim Bewerbungsprozess geben. Genauere Infos dazu sollten mittlerweile auf der Homepage des SSR zu finden sein.
- Anstellungssituation: Nach wie vor ist die Anstellungssituation in manchen Fächern (v. a. in naturwissenschaftlichen und musischen Fächern) angespannt. Derzeit können nur deshalb alle Klassen besetzt werden, weil über 100 Unterrichtspraktikanten zusätzlich unterrichten bzw. Lehramtsstudenten oder auch Studenten aus verwandten Diplomstudien für die Unterrichtstätigkeit herangezogen werden. Insgesamt gibt es in Wien rund 380 Sondervertragslehrer.
- Aufnahmeverfahren für die 1. Klasse: Das in Wien entwickelte Modell zum Aufnahmeverfahren ist all-

gemein akzeptiert. Knapp 8.700 Kinder haben sich an den Wiener AHS angemeldet. Davon haben ca. 8.100 Kinder die AHS-Reife.

ANTRÄGE

Die von der Erweiterten Bundesleitung (EBL) angenommenen Anträge zeigen die Positionierung unserer AHS-Gewerkschaft und das Arbeitsprogramm der nächsten Zeit. Die Anträge werden hier aus Platzgründen nur verkürzt wiedergegeben:

Antrag 1: Lehrerausbildung

Weder im pädagogischen noch im fachwissenschaftlichen oder fachdidaktischen Bereich darf es zu einem Absenken bisher verlangter Ausbildungsanforderungen kommen. Erforderlich ist eine gleichWERTIGE Lehrerausbildung auf höchstem Niveau, aber zweifellos KEINE GLEICHE Ausbildung. Die EBL lehnt ein berufsbegleitendes Masterstudium ab. Masterwertige Pädagogen müssen auch masterwertig (= L 1-wertig) bezahlt werden.

Antrag 2: Gehaltsverhandlungen

Die EBL der AHS-Gewerkschaft unterstützt die Forderung des GÖD-Präsidiums nach unverzüglicher Aufnahme von Gehaltsverhandlungen für 2014, damit noch in dieser Legislaturperiode die notwendigen Gesetzesbeschlüsse gefasst werden können.

Antrag 3: Klassenschülerhöchstzahl 25

Die EBL der AHS-Gewerkschaft fordert mit allem Nachdruck die Umsetzung der Klassenschülerhöchstzahl 25 ohne weitere Verzögerung. Die dafür notwendigen zusätzlichen Ressourcen sind vom Dienstgeber in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Antrag 4: Oberstufe NEU und Zentralmatura

Die EBL der AHS-Gewerkschaft fordert die ausständigen



Semestrierung der Lehrpläne ab der 10. Schulstufe. Weiters wird gefordert, dass im Rahmen der Lehrplanänderungen endlich jene Inhalte rechtsverbindlich verankert werden, die bei der Zentralmatura 2015 geprüft werden. Auch die Beurteilungskriterien für die Zentralmatura müssen endlich rechtsverbindlich fixiert werden.

Antrag 5: Fortbildung

Die EBL der AHS-Gewerkschaft fordert eine deutliche Erhöhung der Fortbildungsmittel und einen Fortbildungsscheck für Lehrer, den diese bei jedem Fortbildungsanbieter einlösen können, der die passenden Angebote stellt. Fachwissenschaftliche Fortbildung sollte in erster Linie von den Universitäten angeboten werden.

Antrag 6: Arbeitsplatz

Die EBL der AHS-Gewerkschaft fordert eine Verbesserung des „Arbeitsplatzes Schule“ und des „Arbeitsplatzes Bundesschülerheim“. Mit einem allfälligen Ausbau ganztägiger Schulformen müssen die baulichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Antrag 7: Bundes-Schulgemeinschaftsausschuss (B-SGA)

Die EBL der AHS-Gewerkschaft fordert die gesetzliche Verankerung eines Bundes-Schulgemeinschaftsausschusses, dem insbesondere die Beratung über Fragen des Unterrichts, Fragen der schulischen Erziehung, Lehrplanbestimmungen, Eröffnungs- und Teilungszahlen, Schulversuche, Evaluierung von Maßnahmen im Schulwesen, Verwendung von dem BMUKK für den Bundesschulbereich übertragenen Budgetmitteln, Baumaßnahmen im Bereich der Bundesschulen und Fragen des sonstigen schulischen Lebens obliegt.

Antrag 8: Schulungen im Zusammenhang mit H-SAP

Die EBL der AHS-Gewerkschaft vertritt den Standpunkt, dass Schulungsangebote für HV-SAP vom Dienstgeber

laufend angeboten und finanziert werden müssen. Die Kosten (derzeit 245 Euro pro Tag und Person) dürfen nicht auf die Schulen abgewälzt werden.

Antrag 9: Dienstrecht NEU

Die EBL der AHS-Gewerkschaft fordert eine masterwertige und schulartenspezifische Ausbildung aller Lehrer, eine Umverteilung der Aktivverdienstsumme (deutlich höhere Anfangsgehälter und dann flachere Entwicklung ohne Verluste in der Aktivverdienstsumme), weiters die Einführung von Leistungskomponenten (Zulagensystem) und eine Flexibilisierung der Arbeitszeit. Eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung lehnt die EBL der AHS-Gewerkschaft mit aller Entschiedenheit ab.

Antrag 10: Ressourcen betreffend tägliche Turnstunde

Die EBL der AHS-Gewerkschaft fordert die umgehende Bereitstellung der nötigen Ressourcen wie Turnsäle, Werteinheiten etc.

Antrag 11: Mehr Ressourcen für die AHS

Die erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die Erhöhung der Budgetmittel für die AHS, die derzeit am geringsten dotierte Schulart der Sekundarstufe.

Antrag 12: Personalvertretung von mitverwendeten Bundeslehrern

Die Bundesvertretung AHS wird in der ARGE Lehrer aktiv für die gesetzliche Änderung des Personalvertretungsgesetzes von Bundeslehrern eintreten, die an Neuen Mittelschulen/APS mitverwendet werden.

Der Vorsitzende Mag. Dr. Eckehard Quin schloss die Sitzung und dankte den Delegierten für die angeregte Diskussion und die konstruktive Zusammenarbeit sowie Kollegin Mag. Eva Teimel und ihrem Team für die ausgezeichnete Organisation der Tagung. ■

Die Qual der Wahl

MAG. DR. ECKEHARD QUIN,
VORSITZENDER DER
AHS-GEWERKSCHAFT
eckehard.quin@goed.at



Ich habe mich anlässlich der bevorstehenden Nationalratswahlen am 26. Mai 2013 mit fünf Fragen an die Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien gewandt und um deren Beantwortung gebeten. „Aus Platzgründen bitte ich Sie, diese Fragen in Summe mit max. 1.500 Zeichen inkl. Leerzeichen zu beantworten. [...] Ich bitte auch um Verständnis, dass aufgrund der Wichtigkeit des Themas nur Ihre persönlichen Antworten veröffentlicht werden und nicht etwa die Ihrer BildungssprecherInnen. Wegen des Redaktionsschlusses bitte ich Sie um Ihren Beitrag bis spätestens 19. Juni 2013 [...] Weiters bitte ich um Übermittlung einer druckfähigen Bilddatei mit einem Porträtfoto von Ihnen, das Sie veröffentlicht haben möchten.“

Frank Stronach hat auch nach Rückfragen kein Foto übermittelt. Von der SPÖ haben wir nur einen um 50 % zu langen Text von Bildungssprecher Elmar Mayer erhalten, den wir – wie angekündigt (siehe oben) – nicht veröffentlichen. **SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann war trotz mehrfacher Urgezen nicht zur Beantwortung der Fragen bereit.**

Zur letzten Frage eine Klarstellung, da einigen Parteivorsitzenden die Rechtslage nicht bekannt sein dürfte: Das Gesetz erlaubt eine Überschreitung der Klassenschülerhöchstzahl 25 nur in besonderen Ausnahmefällen: „Um Abweisungen zu vermeiden, kann die Klassenschülerhöchstzahl bis zu 20 vH überschritten werden; darüber hat die Schulbehörde erster Instanz zu entscheiden.“ (§ 43 Abs. 1 SchOG, 2. Satz)

Was unter dem Begriff „Abweisung“ zu verstehen ist, wurde im ministeriellen Rundschreiben Nr. 20/1998 auf Grundlage eines PVAK-Erkenntnisses (G 1-PVAK/97 vom 2. Juli 1997) eindeutig definiert: „Eine Einsparung von Werteinheiten an und für sich rechtfertigt nicht eine Überschreitung der Klassenschülerhöchstzahl.“ Eine Überschreitung der Klassenschülerhöchstzahl ist nur dann zulässig, „wenn alle Möglichkeiten zur Vermeidung eines derartigen Vorgehens erfolglos versucht worden sind und ohne Überschreitung der Klassenschülerhöchstzahl die **Aufnahme** des Schülers **in die betreffende Klasse** nicht möglich wäre.“ (meine Hervorhebung)

Dadurch wird die Möglichkeit, die Klassenschülerhöchstzahl 25 zu überschreiten, weitestgehend auf die 5. Schulstufe (1. Klasse AHS) beschränkt. Auf den anderen Schulstufen ist die Überschreitung rechtskonform nur möglich, um übersiedelten SchülerInnen und RepetentInnen Platz zu bieten. ■



Die Einführung der Gesamtschule würde die Abschaffung der AHS-Unterstufe bedeuten. Wie stehen Sie dazu?

Österreichs Kinder beginnen laut PIRLS ihre Schullaufbahn mit der im internationalen Vergleich geringsten Lesekompetenz und beenden die Volksschule mit der schwächsten Leseleistung der vom BIFIE verglichenen 14 PIRLS-Teilnahmestaaten. Welche Maßnahmen zur Sprachförderung schlagen Sie vor?

Die AHS hat den gesetzlichen Auftrag, den SchülerInnen eine umfassende und vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln und sie zugleich zur Universitätsreife zu führen. Welche Maßnahmen zur gezielten Begabungsförderung möchten Sie setzen?

Disziplinäre Schwierigkeiten in der Klasse behindern den Unterricht und damit den Lernfortschritt der SchülerInnen. Welche Maßnahmen wollen Sie setzen, um LehrerInnen in ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen?

Die Klassenschülerhöchstzahl 25 in der AHS-Unterstufe wird in rund einem Drittel aller Klassen rechtswidrig überschritten, weil BM Dr. Schmied nicht die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellt. Was wollen Sie dagegen unternehmen?

DR. MICHAEL SPINDELEGGER**HEINZ-CHRISTIAN STRACHE**

Ich sage klar: Jedem das für ihn Optimale, aber nicht jedem das Gleiche! Chancengerechtigkeit kann man nur durch Vielfalt, Wahlfreiheit und Durchlässigkeit gewährleisten. Der Erhalt des Gymnasiums ist für mich „conditio sine qua non“ für Koalitionsverhandlungen im Herbst.

Die Abschaffung der AHS-Unterstufe und somit des differenzierten Schulsystems ist eine fatale schulpolitische Fehlentwicklung. Die NMS bedeutet keine Hebung, sondern eine Senkung des Bildungsniveaus. Die FPÖ ist die einzige Verfechterin eines Gymnasiums-Erhalts!

Mangelnde Sprachkompetenz muss frühzeitig erkannt und möglichst noch vor Schuleintritt behoben werden. Wir müssen jenen Eltern unterstützend zur Seite stehen, die mit dieser wichtigen Aufgabe überfordert sind. Aber nicht nur Kindergartenkinder sollen gezielte Sprachförderung erhalten, sondern auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger mit Migrationshintergrund. Darüber sind aus meiner Sicht außerschulische Aktivitäten, etwa im Bereich der Leseförderung der Städte und Gemeinden, zu unterstützen.

Deutsch als Pausensprache und Sprachstandserhebungen vor Schuleintritt sind seit langem FPÖ-Forderungen. Mehr Deutsch-Einheiten, weniger Projektunterricht, aber auch „Elternerziehung“. Der Erfolg stellt sich erst ein, wenn das Elternhaus den Lernerfolg begünstigend beeinflusst.

Unser Fokus darf nicht nur auf die Defizitkompensation gerichtet sein, sondern wir müssen auch die besonders leistungsfähigen Kinder und Jugendlichen entsprechend fördern. Wir benötigen zusätzliche Angebote zur Begabungs- und Hochbegabungsförderung, und auch diese so früh wie möglich. Diesen Bereich hat BM Dr. Schmied völlig vernachlässigt.

Nicht Einebnung, sondern Ausbau des differenzierten Schulsystems! Förderung des Leistungsgedankens; gezielte Förderung nicht nur leistungsschwacher Schüler, sondern Begabter. Es muss auch mehr Geld in den Klassen ankommen und darf nicht in der Verwaltung verschwinden!

Das mediale Lehrerbashing muss endlich aufhören, denn es nimmt den Lehrerinnen und Lehrern die Autorität, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Zusätzlich bedarf es auch rechtlicher Änderungen, damit Regelverstöße pädagogisch wirksam und niederschwellig die Konsequenzen nach sich ziehen können, die einem die Vernunft diktiert. Verhaltensvereinbarungen, deren Bruch keine Folgen hat, sind wirkungslos.

Die FPÖ hat diesen Juni einen Antrag auf Wiedereinführung von Betragensnoten und Vermerk von Fehlstunden in Schulzeugnissen eingebracht. Leider wurde er mit den Stimmen der Regierungsparteien vertagt. Auch über weitere Disziplinierungsmaßnahmen für Lehrer muss diskutiert werden, die derzeitigen Mittel sind unzureichend.

BM Dr. Schmied hat die notwendigen Ressourcen im vollen Umfang erhalten, sie aber anscheinend für andere Dinge ausgegeben. Dieses ideologisch motivierte Aushungern der Gymnasien muss ein Ende haben. Dafür wird die ÖVP sorgen.

Die FPÖ hat zur Überschreitung der KLZ 25 bereits eine Anfrage ans BMUKK gestellt. Lt. BMUKK sind die AHS-Unterstufen gegenüber NMS nicht benachteiligt und auch bzgl. KLZ nicht vergleichbar. Die FPÖ hat außerdem einen Antrag ad Mittelzuteilung in der gleichen Höhe für AHS wie für NMS eingebracht, der dem Unterrichts-Unterausschuss zugewiesen und somit schubladisiert wurde.



MAG. DR. EVA GLAWISCHNIG-PIESCZEK

Die Einführung der Gesamtschule würde die Abschaffung der AHS-Unterstufe bedeuten. Wie stehen Sie dazu?

Die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen bedeutet keine Abschaffung der AHS-Unterstufe. Lediglich die Selektion der SchülerInnen am Ende der 4. Klasse Volksschule entfällt und wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die AHS-Langform und damit die Unterstufe bleibt somit bestehen, der Lehrplan und die Bildungsziele ebenfalls. Sie muss aber anders organisiert und besser finanziert werden.

Österreichs Kinder beginnen laut PIRLS ihre Schullaufbahn mit der im internationalen Vergleich geringsten Lesekompetenz und beenden die Volksschule mit der schwächsten Leseleistung der vom BIFIE verglichenen 14 PIRLS-Teilnehmerstaaten. Welche Maßnahmen zur Sprachförderung schlagen Sie vor?

Durch eine zumindest zweijährige Kindergartenpflicht und Verbesserungen der Betreuungsverhältnisse im Kindergarten sollen alle Kinder beste sprachliche Förderung erhalten. Eine flexible Schulingangphase mit zwei Lehrkräften ermöglicht ein individuelles Lerntempo. In altersgemischten Gruppen können sich die SchulanfängerInnen an deutsch-kompetenten MitschülerInnen orientieren. Der muttersprachliche Zusatzunterricht und der Kontakt mit Fremdsprachen im Unterricht hebt die Sprachkompetenz und erweitert den Wortschatz.

Die AHS hat den gesetzlichen Auftrag, den SchülerInnen eine umfassende und vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln und sie zugleich zur Universitätsreife zu führen. Welche Maßnahmen zur gezielten Begabungsförderung möchten Sie setzen?

Schulen benötigen mehr autonome Entscheidungsmöglichkeiten über den Einsatz von Fördermitteln. Derzeit sind die Fördermittel auf unterschiedliche Töpfe aufgeteilt und werden nach komplizierten Schlüsseln verteilt. Schulen sollen einen globalen Fördermittelanteil zur eigenständigen Verwaltung erhalten.

Disziplinäre Schwierigkeiten in der Klasse behindern den Unterricht und damit den Lernfortschritt der SchülerInnen. Welche Maßnahmen wollen Sie setzen, um LehrerInnen in ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen?

„Disziplinäre Schwierigkeiten“ haben Ursachen, die erforscht und behoben werden müssen. Dazu werden an den Schulen multiprofessionelle Teams aus SchulpsychologInnen, SozialarbeiterInnen, BeratungslehrerInnen und medizinischem Personal benötigt, die gemeinsam mit den Eltern und LehrerInnen der betreffenden SchülerInnen Lösungen erarbeiten.

Die Klassenschülerhöchstzahl 25 in der AHS-Unterstufe wird in rund einem Drittel aller Klassen rechtswidrig überschritten, weil BM Dr. Schmied nicht die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellt. Was wollen Sie dagegen unternehmen?

„Um Abweisungen zu vermeiden“ darf die Klassenschülerhöchstzahl um bis 20 % überschritten werden. Das ermöglicht bis zu 30 SchülerInnen pro Klasse. Daher brauchen die Schulen ausreichend Mittel für Teamteaching und Gruppenteilungen.

<p>JOSEF BUCHER</p>		<p>FRANK STRONACH</p>
<p>Das BZÖ bekennt sich zu einer leistungsorientierten Schule, in der jedes Kind seinen Fähigkeiten entsprechend gefördert und gefordert wird, um erfolgreich einen Bildungsabschluss zu erlangen. Die Gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen kann für uns nur eine mit innerer Differenzierung, mit Neigungs- und Lerngruppen sowie modernen Unterrichtsmethoden sein, die als eine Möglichkeit angeboten wird.</p>		<p>Wir vom Team Stronach sind für die Koexistenz beider Schultypen nebeneinander. Zahlreiche Beispiele aus dem Ausland beweisen, dass durch ein alleiniges Modell der „Gesamtschule“ keine bessere Ausbildung ermöglicht wird. Eine richtige Veränderung erreicht man in allen Schulformen durch eine Verbesserung des Unterrichts. Die ersten Ergebnisse zeigen bedauerlicherweise, dass nur die wenigsten Absolventen der Gesamtschule in der Lage sind, in Oberstufen-AHS-Klassen erfolgreich aufzusteigen.</p>
<p>Gerade vor Schuleintritt ist Sprachförderung besonders für Kinder mit einer anderen Muttersprache als Deutsch sehr wichtig. Es muss aber eine individuelle Sprachförderung (Stadt-Land) geben, weshalb das BZÖ auch einen Antrag zur Erstellung eines standortbezogenen Sprachförderungskonzeptes eingebracht hat.</p>		<p>Der Schlüssel zu einem Bildungssystem, das keinen zurücklässt – wie wir vom Team Stronach es uns vorstellen – lautet Individualförderung. Je früher auf die Schwächen und Defizite jedes Einzelnen eingegangen wird, desto erfolgreicher kann man gegensteuern.</p>
<p>Begabtenförderung hat nicht ausschließlich mit Universitätsreife zu tun! Begabung ist daher nicht auf ein Universitätsstudium zu fokussieren, sondern breiter zu definieren: handwerklich/technisch, sozial, etc. Grundsätzlich soll die Universitätsreife jedoch in der Oberstufe erlangt werden, wobei die modulare Oberstufe ein richtiger Schritt war.</p>		<p>Hier soll es auf jeden Fall eine Begabtenförderung in den Fächern Mathematik, Sprachen aber auch ausgewählten naturwissenschaftlichen Fächern geben. Bevorzugt wären hier Schüler pro Fach in Begabtenmodulen zu unterrichten.</p>
<p>Gute Lehrer müssen heute nicht nur bestens ausgebildet, sondern müssen auch Persönlichkeiten und Vorbilder für Kinder sein! Um sie in ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen, bedarf es einer guten Partnerschaft mit den Eltern (Erziehungspartnerschaft), aber auch des notwendigen Unterstützungspersonals.</p>		<p>Selbstverständlich muss undiszipliniertes Verhalten Konsequenzen mit sich bringen: Verpflichtende Verhaltensvereinbarungen an Schulen, die mit den Eltern gemeinsam unterzeichnet werden zum Beispiel. Lehrer können jedoch mangelnden Ehrgeiz, mangelnde Lernbereitschaft oder insgesamt Erziehungsfehler der Eltern oder Erziehungsberechtigten nicht ausgleichen. Aktuell ist es Kindern und Jugendlichen aus bildungsferneren Elternhäusern bedauerlicherweise nicht möglich, in eine höhere soziale Schicht aufzusteigen. Ein Alarmzeichen für Österreich. Hier wollen wir mit einer Bewusstseinsbildung bei den Elternhäusern ansetzen.</p>
<p>Das BZÖ hat sich immer gegen einen Richtwert 25 ausgesprochen, sondern für eine absolute Zahl 25, diese Regelung wurde aber mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ so beschlossen und lässt eine 20 %-ige Überschreitung zu.</p>		<p>Das österreichische Bildungssystem ist eines der teuersten der Welt ohne entsprechenden „Output“. Zuerst sind hier grundlegende Reformen umzusetzen und mit den eingesparten Mitteln die Klassenschülerhöchstzahlen zu senken.</p>

MAG. GERHARD RIEGLER,
MITGLIED DER BUNDESLEITUNG
gerhard.riegler@goed.at



Der Leistungsstand unserer 10-Jährigen

BEOBACHTUNGEN AUS DEN PIRLS 2011- UND TIMSS 2011-ERGEBNISSEN¹
(TEIL 3)

DIE LIEBE ZUR MATHEMATIK

Ostasiatische Staaten, deren SchülerInnen in Mathematik besonders gut abschneiden, zeichnen sich nicht gerade dadurch aus, dass sie Mathematik lieben. Aus den aktuellen TIMSS-Ergebnissen und auch früheren derartigen Studien kann keinesfalls ein positiver Zusammenhang zwischen der „Liebe zur Mathematik“ und der „mathematischen Kompetenz“ geschlossen werden:

betrifft nicht nur die Mathematik: Nur 36 % der 10-Jährigen Finnlands mögen den Unterricht in Naturwissenschaften, womit Finnland Europas Schlusslicht ist. In Österreich sind es immerhin 53 %, was exakt dem internationalen Mittel entspricht.³

Mit 14 erreicht die „Begeisterung“ der SchülerInnen Finnlands für Mathematik und naturwissenschaftliche Gegenstände endgültig spektakuläre Werte:⁴

	Anteil der 10-Jährigen, die gerne Mathematik lernen ²	TIMSS 2011-Ergebnis
Korea:	23 %	605 Punkte
Japan:	29 %	585 Punkte
Taiwan:	34 %	591 Punkte
Österreich:	44 %	508 Punkte

	Finnland	Internationaler Mittelwert ⁵
	„Like learning ...“	
Physik:	9 %	26 %
Mathematik:	10 %	26 %
Chemie:	13 %	25 %
Biologie:	15 %	36 %
Geographie:	18 %	33 %

Der Umkehrschluss gilt allerdings nicht! Es ließen sich Staaten aufzählen, deren SchülerInnen Mathematik gar nicht mögen und sehr schwache Ergebnisse erzielen. Auffallend ist aber, dass sich Europas „PISA-Wunderland“ Finnland in der ostasiatischen Bandbreite befindet: Nur 34 % der 10-Jährigen Finnlands lernen gerne Mathematik. Diese ausgeprägte Ablehnung

Finnland fällt unter Europas TIMSS 2011-Teilnehmerstaaten nicht nur durch die geringe Begeisterung der SchülerInnen für den Unterricht auf, sondern auch dadurch, dass Finnlands 14-Jährige den Unterricht für derart wertlos halten, wie dies in keinem anderen Staat Europas der Fall ist:⁶



	Finnland	Internationaler Mittelwert
	„Students value ...“	
Biologie:	6 %	29 %
Geographie:	6 %	25 %
Physik:	7 %	28 %
Chemie:	7 %	26 %
Mathematik:	15 %	46 %

UMGEKEHRTES STADT-LAND-GEFÄLLE

Es ist international üblich, dass die Ergebnisse der SchülerInnen immer besser werden, je größer die Anzahl der EinwohnerInnen des Schulstandortes ist. SchülerInnen, die im städtischen Ballungsraum leben, erbringen bei derartigen Leistungsüberprüfungen im Durchschnitt bessere Leistungen. Dies ist auf die im Mittel bessere Ausstattung des Elternhauses mit Bildungsressourcen und den sozioökonomisch stärkeren Background im Elternhaus zurückzuführen. Dieser Konnex ist, wie ich im ersten Teil meines Artikels dargelegt habe, enorm stark – und zwar in allen Staaten und nicht nur, wie uns „ExpertInnen“ weismachen wollen, in Österreich.

Die Leistungen der SchülerInnen in Städten mit einer Bevölkerungsanzahl von über 100.000 waren bei den PIRLS- und TIMSS-Testungen des Jahres 2011 im internationalen Mittel denen der SchülerInnen in Orten mit maximal 15.000 EinwohnerInnen beim Lesen um 25 Punkte, in der Mathematik um 24 Punkte und in den

Naturwissenschaften um 22 Punkte überlegen. Diesem Vorsprung steht bei Österreichs 10-Jährigen ein Rückstand von 8 (Lesen), 9 (Mathematik) und 17 Punkten (Naturwissenschaften) gegenüber.⁷ Das bedeutet für Österreich einen Leistungsrückstand der SchülerInnen in Städten mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen auf das von ihnen zu erwartende Niveau um 33 – 39 Punkte, was einem knappen Lernjahr entspricht.

PIRLS und TIMSS unterscheiden – anders als PISA – bei dieser Aufschlüsselung nicht zwischen Millionenstädten und Städten mit über 100.000, aber unter einer Million EinwohnerInnen, womit Wien, Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck gemeinsam ausgewertet werden. Bei PISA 2009 hatten die vier Landeshauptstädte Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck um 31 (Lesen), 25 (Mathematik) und 38 (Naturwissenschaften) Punkte mehr als die Bundeshauptstadt Wien erzielt.⁸

1 Folgende drei Studien wurden von der „International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA)“ am 11. Dezember 2012 veröffentlicht:

- IEA, „PIRLS 2011 – International Results in Reading“ (2012); im Folgenden als „IEA, PIRLS 2011“ zitiert.
- IEA; „TIMSS 2011 – International Results in Mathematics“ (2012), im Folgenden als „IEA, TIMSS-M 2011“ zitiert.
- IEA, „TIMSS 2011 International Results in Science“ (2012); im Folgenden als „IEA, TIMSS-NaWi 2011“ zitiert.

Am selben Tag veröffentlichte das BIFIE den Bericht „PIRLS & TIMSS 2011 – Schülerleistungen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaft in der Grundschule - Erste Ergebnisse“ (2012), den ich im Folgenden als „BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011“ zitiere.

2 IEA, TIMSS-M 2011, S. 330

3 IEA, TIMSS-NaWi 2011, S. 332

4 IEA, TIMSS-M 2011, S. 332 bzw. IEA, TIMSS-NaWi 2011, S. 336f

5 Ein Vergleich mit Österreich ist nicht möglich, weil Österreich an TIMSS 2011 nur mit den 10-Jährigen teilgenommen hat.

6 IEA, TIMSS-M 2011, S. 334 bzw. IEA, TIMSS-NaWi 2011, S. 340f

7 IEA, PIRLS 2011, S. 138; IEA, TIMSS-M 2011, S. 208; IEA, TIMSS-NaWi 2011, S. 206

8 PISA-Datenbank (<http://pisa2009.acer.edu.au/>)

DIE 14 AUSGEWÄHLTEN VERGLEICHSLÄNDER

Österreichs PIRLS- und TIMSS-Ergebnisse werden im BIFIE-Bericht immer wieder mit 13 EU-Staaten verglichen, „die Österreich aufgrund ihrer ökonomischen oder geografischen Lage besonders nahe stehen, da sie zu den zehn reichsten EU-Ländern zählen und/oder ein Nachbarland sind. Darüber hinaus haben sie 2011 sowohl an PIRLS als auch an TIMSS teilgenommen.“⁹

Es handelt sich bei diesen „14 ausgewählten Vergleichsländern“ neben Österreich um Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Irland, Italien, Niederlande, Nordirland, Schweden, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn. Dieser interessante Vergleich dokumentiert, wie die Leistungen von Österreichs 10-Jährigen im internationalen Vergleich einzuordnen sind, und bringt damit die beim Lesen und in der Mathematik extreme Situation, zu der viele Faktoren beitragen, auf den Punkt:

LESEN:

- Bei der Lesekompetenz der 10-Jährigen nimmt Österreich unter den 14 Vergleichsländern den letzten Platz ein.¹⁰ Wenig überraschend: „Unter den 14 ausgewählten Vergleichsländern hat Finnland den höchsten Mittelwert.“¹¹
- In die Gruppe der sehr guten LeserInnen schaffen es die meisten SchülerInnen in Nordirland (19 %), England (18 %) und Finnland (18 %). „In Österreich beträgt der Anteil Leistungsstarker nur 5 %, womit es die Schlussposition unter den 14 Vergleichsländern einnimmt.“¹²
- Am wenigsten leseschwache 10-Jährige zählt Finnland mit 8 %. „Mit 20 % der Schüler/innen auf Stufe 1 oder darunter hat Österreich gemeinsam mit Ungarn (19 %) und Slowenien (21 %) die meisten schwachen Leser/innen unter den Vergleichsländern.“¹³

Der BIFIE-Bericht fasst die Lesekompetenz der 10-Jährigen ungeschminkt zusammen: „Unter den 14 Vergleichsländern hat Österreich den niedrigsten Lese-Mittelwert, es weist den geringsten Anteil an Spitzenschülerinnen und -schülern auf (5 %) und es hat – nach Slowenien – den zweithöchsten Anteil leistungsschwacher Leser/innen (20 %).“¹⁴

MATHEMATIK:

- Nur drei der 14 Vergleichsstaaten schneiden schlechter als Österreich ab. „Der Mittelwert dieser Länder mit ähnlichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen beträgt 525 Punkte. Der Österreich-Schnitt liegt mit 17 Punkten Differenz deutlich darunter. [...] Vom führenden Vergleichsland Nordirland trennen uns 54 Punkte.“¹⁵
- „In Nordirland – dem Vergleichsland mit dem höchsten Mittelwert in Mathematik – befindet sich etwa jedes vierte Kind (24 %) auf der vierten und höch-

ten Kompetenzstufe. [...] In Österreich schaffen es nur 2 % der Kinder aufgrund ihrer Mathematikleistung bei TIMSS in die höchste Kompetenzstufe. Österreich rangiert damit an 14. und somit letzter Stelle der ausgewählten Vergleichsländer.“¹⁶

- „Unter den Vergleichsländern hat Österreich gemeinsam mit Ungarn (30 %), der Slowakischen Republik, Italien und Schweden (je 31 %) den höchsten Anteil leistungsschwacher Schüler/innen.“¹⁷
- Österreich fällt bei den 10-Jährigen immer weiter zurück: „Österreich und die Tschechische Republik sind die Länder mit dem stärksten Rückgang in Mathematik bezogen auf das Niveau Mitte der 1990er Jahre.“¹⁸

Das BIFIE resümiert: „Fast jede/r dritte österreichische Schüler/in hat gegen Ende der Grundschule große Probleme, einfachste mathematische Fragestellungen zu lösen. Im Vergleich zu Korea mit 3 % hat Österreich daher rund zehnmal so viele leistungsschwache Schüler/innen ...“¹⁹

Der BIFIE-Bericht erspart der österreichischen Politik auch nicht den Vergleich der Leistungen unserer 10-Jährigen mit denen Finnlands:

- „Während in Österreich insgesamt 13 % der Kinder in mindestens einem Fach zu den Leistungsstarken gehören, gelingt dies in Finnland fast einem Drittel der Kinder.“²⁰
- „In Österreich erreicht 1 % der Kinder die höchste Kompetenzstufe in allen drei getesteten Kompetenzbereichen. In Finnland gelingt es 5 % sowohl in Lesen als auch in Mathematik als auch in Naturwissenschaft zu den Leistungsstarken zu zählen.“²¹
- „In Österreich haben 10 % der Kinder sehr geringe Kompetenzen in allen drei Kompetenzbereichen. In Finnland ist dieser Anteil mit 3 % deutlich geringer.“²²

Die Resonanz auf diese (endlich!) nun auch vom BIFIE erstellte Analyse ist auf politischer Ebene bisher, euphemistisch ausgedrückt, noch etwas verhalten. Es ist eben in mehrfacher Weise billiger, auf „das Schulsystem“ und die böse Sekundarstufe I hinzudreschen, als ein Gesamtkonzept für das erste Lebensjahrzehnt zu erstellen und umzusetzen.

Wer den PIRLS- und die beiden TIMSS-Berichte gelesen hat und nicht erkennt, dass es in Österreich massiven familien-, sozial- und bildungspolitischen Handlungsbedarf im ersten Lebensjahrzehnt gibt, an dessen basaler Kompetenz darf wohl zu Recht gezweifelt werden. Österreichs Jugend verdient und Österreichs Zukunft braucht endlich eine kompetente Politik. ■

9 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 9
10 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 12
11 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 13
12 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 15
13 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 15
14 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 15
15 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 25
16 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 27
17 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 27
18 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 60
19 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 60
20 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 55
21 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 55
22 BIFIE, PIRLS & TIMSS 2011, S. 5



Auszeichnungen und Ernennungen

DER BUNDESPRÄSIDENT HAT ERNANNT:

Prof. Mag. et Dr. Josef Heindl	zum Direktor des BG/BRG Lilienfeld
Prof. Mag. Robert Müllner	zum Direktor des BG/BRG Korneuburg

DER BUNDESPRÄSIDENT HAT VERLIEHEN:

DEN TITEL HOFRÄTIN / HOFRAT:

Mag. et Dr. Michael Jahn	Direktor am BORG Wien I, Hegelgasse
Mag. Otto König	Direktor am BG/BRG Berndorf
Mag. Ingrid Rathmair	Direktorin am BORG Salzburg, Josef-Preis-Allee
Dir. i. R. Mag. et Dr. Brita Stelzer	ehemals am BG/BRG Biondegasse Baden
ÖStR Prof. Mag. Alexander Zabini	Leiter am Österreichischen St. Georgs-Kolleg Istanbul

DEN TITEL OBERSTUDIENRÄTIN / OBERSTUDIENRAT:

Mag. Regina Bauer	Prof. am Österreichischen St. Georgs-Kolleg Istanbul
Mag. Christine Biegl	Prof. am G/wiku RG der Dominikanerinnen Wien XIII, Schloßberggasse
Mag. Marina Bregant	Prof. am BORG Bad Radkersburg
Dipl.-Ing. Mag. Maria-Nicolette Doblhoff-Dier	Prof. am G/Wiku RG Maria Regina Wien XIX, Hofzeile
Mag. Gudrun Ehrenfeldner	Prof. am BG/BRG Mürzzuschlag
Mag. Maria Fassl	Prof. am BG/BRG Graz, Pestalozzistraße
Mag. Robert Graf	Prof. am Don Bosco-Gymnasium Unterwaltersdorf
Mag. Erika Hameder	Prof. am BRG Linz, Hamerlingstraße
Mag. Waltraud Hamp	Prof. am BG/BRG Wien XXI, Donauinselplatz
Mag. Hermann Hirnschall	Prof. am G/Wiku RG der Dominikanerinnen Wien XIII, Schloßberggasse
Mag. Dagmar Höfferer-Brunthaler	Prof. am BG/BRG Wien XXI, Franklinstraße
Mag. Camille Hoffmann	Prof. am BG/BRG Völkermarkt, Kärnten
Mag. Claudia Hohenauer	Prof. am wiku RG der Ursulinen Innsbruck, Fürstenweg
Mag. Adelheid Imendörffer	Prof. am BRG Salzburg, Akademiestraße
Mag. Dorothea Kern-Wolf	Prof. am BORG Bad Radkersburg
Mag. Lotte Krammer	Prof. am G/wiku RG Sacré Coeur Graz, Petersgasse
Mag. Ulrike Lettner	Prof. am BRG Linz, Hamerlingstraße
Mag. Charlotte Mayrhauser-Berger	Prof. am BG Lustenau
Mag. Rosemarie Mittendorfer	Prof. am BRG/wiku BRG Schloss Traunsee in Gmunden
Mag. Veronika Mörtl	Prof. am G/wiku RG Sacré Coeur Graz, Petersgasse
Mag. Erwin Neubauer	Prof. am Österreichischen St. Georgs-Kolleg Istanbul
Mag. Wolfgang Parrer	Prof. am BG/BRG Frauengasse, Baden
Mag. Bernhard Pausinger	Prof. am öffentlichen Stiftsgymnasium Seitenstetten, Bezirk Amstetten
Mag. Oswin Pessl	Prof. am BRG Steyr
Mag. Edith Plank	Prof. am BG/BRG Lilienfeld
Mag. Elisabeth Plank	Prof. am G/wiku RG Linz, Stockhofstraße
Mag. Ursula Preis	Prof. am BG/BRG Waidhofen/Thaya
Mag. Gerlinde Pröbstl	Prof. am G/RG der Vereinigung von Ordensschulen Österreichs, Wien XVIII, Semperstraße
Mag. Franz Robin	Prof. am BORG Bad Radkersburg
Mag. Helene Ruetz-Hueber	Prof. am BRG/BORG Telfs
Mag. Manfred Schloffer	Prof. am BG/BRG Weiz
Mag. Erich Schmickel	Prof. am Österreichischen St. Georgs-Kolleg Istanbul
Mag. Josef Schmied	Prof. am BG/BRG Bad Ischl
Mag. Andreas Schönauer	Prof. am wiku RG der Ursulinen Innsbruck, Fürstenweg
Mag. Christa Seewann	Prof. am BG/BRG Wien XXI, Franklinstraße
Mag. Gabriele Steinbrucker	Prof. am BG/BRG Judenburg
Mag. Roswitha Steininger-Kreilmeier	Prof. am BRG Linz, Hamerlingstraße
Mag. Helmut Stücklschwaiger	Prof. am BRG Wörgl
Mag. Walther Thaller	Prof. am G/wiku RG Sacré Coeur Graz, Petersgasse
Mag. Günther Vanek	Prof. am BG/BRG Klosterneuburg
Mag. Anton Voit	Prof. am G/wiku RG Sacré Coeur Graz, Petersgasse

DIE BUNDESLEITUNG GRATULIERT IHREN MITGLIEDERN!

service

**MAG. VERENA NÄGELE,
PRESSEREFERENTIN DER
AHS GEWERKSCHAFT**
verena.naegele@goed.at

Service für unsere Mitglieder

HABEN SIE FRAGEN? BRAUCHEN SIE HILFE?

Tel.: 01/405 61 48

Fax: 01/403 94 88

E-Mail: office.ahs@goed.at

In allen dienst- und besoldungsrechtlichen Angelegenheiten beraten wir Sie gern oder suchen für Sie eine Lösung! Anfragen können nur unter Angabe der Mitgliedsnummer behandelt werden!

Adresse: AHS-Gewerkschaft
Lackierergasse 7
1090 Wien

Bitte geben Sie
zur Erhaltung Ihrer
Ansprüche

ÄNDERUNGEN IHRER ADRESSE, IHRES NAMENS ODER KARENZURLAUBE

möglichst rasch unserem
Büro bekannt.
Adresse: AHS-Gewerkschaft
Lackierergasse 7
1090 Wien

Bei Karenzurlauben bitten wir um Angabe der Art (bezahlt oder unbezahlt), der voraussichtlichen Dauer und des voraussichtlichen Geburtstermines.



Anlässlich der Hochwasserkatastrophe möchten wir auf zwei wichtige Serviceleistungen der GÖD und der BVA hinweisen:

Hochwasserkatastrophe - solidarische Hilfe für GÖD-Mitglieder

Vom Hochwasser betroffene GÖD-Mitglieder können ab sofort um "Außerordentliche finanzielle Unterstützung" für die materiellen Schäden ansuchen. Die Voraussetzungen für die einmalige Hilfestellung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst finden Sie im Informationsblatt. Das Formular für die außerordentliche finanzielle Unterstützung Hochwasser 2013 steht unter http://goed.at/fileadmin/user_upload/Service/finanzielle_Unterstuetzung/Ao.Unterstuetzung_Formular_HW_2013.pdf zum Download bereit.

Zusätzlich besteht die Möglichkeit, Unterstützung aus dem Katastrophenfonds des ÖGB zu beantragen. Nähere Informationen und das Formular finden Sie unter http://goed.at/fileadmin/user_upload/Service/finanzielle_Unterstuetzung/Katastrophenfonds_2013.pdf.

Nähere Auskünfte zur außerordentlichen finanziellen Unterstützung sowie zur Unterstützung aus dem Katastrophenfonds erhalten Sie auch bei Ihren Landesvorständen bzw. für Wien im Bereich Soziale Betreuung unter 01/53 454-202.

Achtung: Beide Unterstützungen sind innerhalb von 6 Monaten nach dem Schadensfall einzureichen.

Hochwasserkatastrophe – unbürokratische Hilfe durch die BVA

Für Betroffene der Hochwasserkatastrophe hat die BVA Erleichterungen vorgesehen.

Um die finanzielle Belastung von Hochwasseropfern zu lindern, hilft die BVA durch unterstützende Begleitmaßnahmen:

Verlorengegangene bewilligungspflichtige Medikamente werden im Rahmen des elektronischen ArzneimittelbewilligungsService (ABS) neuerlich bewilligt. Über Antrag wird die dafür zu entrichtende Rezeptgebühr refundiert. Bei verlorengegangenen oder beschädigten Heilbehelfen oder Hilfsmitteln wird ohne Berücksichtigung von Mindestgebrauchsdauer der Ersatz oder Reparaturkosten übernommen. Ebenso wurde im Bereich der Krankenstandskontrollen (für Vertragsbedienstete) die Katastrophenlage insbesondere bei der Terminverwaltung von Begutachtungen und Vorladungen entsprechend berücksichtigt.

Als längerfristige Maßnahme hat die BVA die Möglichkeit geschaffen, **Hochwasseropfer von Rezeptgebühr und Behandlungsbeitrag zu befreien**. Auch für die vom Hochwasser betroffenen Vertragspartner – zumeist Ärzte in den betroffenen Gebieten – sowie Dienstgeber ist die BVA bemüht, individuelle Lösungen im jeweiligen Einzelfall zu finden.

Für nähere Auskünfte, Anfragen und Informationen steht die jeweilige Landes- oder Außenstelle bzw. für Dienstgeber die Abteilung Beitragswesen der Hauptstelle gerne zur Verfügung.

http://www.bva.at/portal27/portal/bvaportal/channel_content/cmsWindow?p_pubid=661971&action=2&p_menuid=4301&p_tabid=1

ÖFFENTLICHES MEDIUM

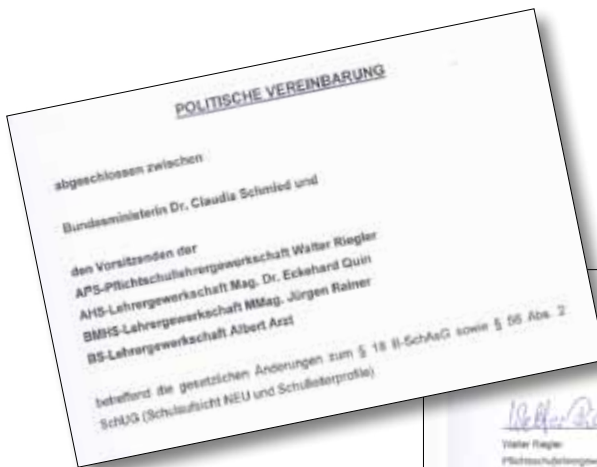
Dieses Medium liest der



»OBSERVER«

Medienbeobachtung & Analyse
www.observer.at

MAG. DR. ECKEHARD QUIN,
VORSITZENDER DER
AHS-GEWERKSCHAFT
eckehard.quin@goed.at



„sozialpartnerschaft“

BM Schmied meinte in einem Interview, wir lebten „in einem Land, wo die Kultur der Sozialpartnerschaft großgeschrieben wird.“¹ Diesen Befund teile ich, auch wenn BM Schmied selbst Sozialpartnerschaft ganz klein schreibt. Das ist keine Unterstellung oder Vermutung, sondern das kann ich belegen:

Am 20. Mai 2011 ist im Bundesgesetzblatt eine Änderung des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes erschienen, mit der das „Qualitätsmanagement“ für alle österreichischen Schulen gesetzlich verankert worden ist. Die darin vorgesehenen Maßnahmen konnten im Schuljahr 2012/2013 von den Schulen freiwillig umgesetzt werden. Ab dem Schuljahr 2013/2014 sind sie für alle verpflichtend.

Im Vorfeld der Gesetzgebung hat es Verhandlungen mit den Lehrgewerkschaften gegeben, in deren Rahmen zwei schriftliche Vereinbarungen geschlossen worden sind. Beide sind von BM Schmied unterzeichnet (siehe Faksimile). Vereinbart wurde:

1. Der Nationale Qualitätsrahmen, in dem die Ziele des Qualitätsmanagements definiert sind, ist sozialpartnerschaftlich mit den Lehrgewerkschaften zu akkordieren.
2. Im BMUKK wird eine Koordinierungsstelle geschaffen, um grundsätzliche und dienstrechtliche Fragen zu klären, die im Rahmen des Qualitätsmanagements auftreten. Die Arbeitsgruppe besteht aus VertreterInnen des BMUKK und der Lehrgewerkschaften.
3. Das Bundes-Personalvertretungsgesetz wird so geändert, dass über Entwicklungspläne und Zielvereinbarungen im Rahmen des Qualitätsmanagements mit dem zuständigen Personalvertretungsorgan das Einvernehmen herzustellen ist.
4. In Berufsschulen gibt es eine zeitlich befristete Regelung zur besseren Integration von SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Diese Regelung wird unbefristet in den Rechtsbestand übernommen.

5. Für die zusätzlichen Arbeiten im Rahmen des Qualitätsmanagements werden zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt – im Bundesschulbereich 3,75 Werteeinheiten pro 1.000 SchülerInnen. Die genaue Art der Zuteilung wird in einer entsprechenden Änderung der Nebenleistungsverordnung festgelegt. Im Pflichtschulbereich gibt es für die Schulen jährliche Belohnungen, die automatisch valorisiert werden. Die genannten Ressourcen müssen ab September 2012 allen Schulen zur Verfügung stehen, die sich am Qualitätsmanagement beteiligen.

BM Schmied hat keinen einzigen dieser Punkte vereinbarungsgemäß umgesetzt! Punkt 3 wurde abgeschwächt erfüllt², die in Punkt 4 erwähnte Befristung verlängert. Bei den anderen Punkten wurde trotz vielfachen Nachstoßens durch die Lehrgewerkschaften von BM Schmied nicht einmal der Versuch einer Umsetzung unternommen.³ Entweder verachtet sie die Sozialpartnerschaft, oder sie ist mit ihrer Funktion heillos überfordert.

Matthias Claudius wusste bereits: „*Beurteile einen Menschen lieber nach seinen Handlungen als nach seinen Worten; denn viele handeln schlecht und sprechen vortrefflich.*“ Und der unvergessene Karl Farkas meinte einst mit dem ihm eigenen Wortwitz: „*Ein Politiker ist ein Mensch, der mit der Zeit gehen muss, sonst muss er mit der Zeit gehen.*“ Ich denke, für Claudia Schmied ist es mittlerweile hoch an der Zeit. ■

1 Schmied: „Das geht zulasten der Schule“. In: Kleine Zeitung Online vom 28. Mai 2013.

2 Siehe RS Nr. 1/2013 des ZA AHS vom 28. Jänner 2013.

3 Im letzten Moment vor der Drucklegung wurde von einem hochrangigen Beamten des BMUKK angekündigt, die in Punkt 2 beschriebene Koordinierungsstelle einzurichten – angekündigt, wohlgermerkt.



„Um Geld für Schulreformen zu bekommen, brauchen wir ein neues Lehrerdienstrecht mit flacherer Gehaltskurve und höherer Stunden-Verpflichtung.“

Bundeskanzler Werner Faymann, Kurier vom 7. Oktober 2012



„Jedenfalls sei es auch möglich, ein Dienstrecht per Gesetz – ohne Einigung mit der Lehrgewerkschaft – einzuführen.“

Bundeskanzler Werner Faymann, ORF Online am 28. Mai 2013

nachgeschlagen

„Die Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) fordert Bundeskanzler Werner Faymann auf, seine sozialpartnerfeindlichen Aussagen zurückzuziehen und für die ausreichende und nachhaltige Finanzierung des neuen Dienstrechts für LehrerInnen zu sorgen.“

Presseaussendung der AHS-Gewerkschaft vom 7. Juni 2013

„Der Bildungssprecher der Grünen, Harald Walsch, forderte eine ‚grundlegende Reform‘ statt ‚kosmetischer Änderungen‘. Während die ÖVP bei der Arbeitszeit der Lehrer vage blieb, fordert Walsch eine 30-stündige Anwesenheitspflicht pro Woche. [...] Auch der einstige SPÖ-Finanzminister und Initiator des Bildungsvolksbegehrens Hannes Androsch fordert tief greifende Reformen.“

Kurier Online am 7. Juni 2013



„Gott bewahre uns vor solchen Bildungspolitikern und sogenannten Bildungsexperten.“

Paul Kimberger, Vorsitzender der ARGE LehrerInnen, Der Standard Online am 7. Juni 2013

P. b. b. ■ Erscheinungsort Wien ■ Verlagspostamt 1010 Wien ■ GZ 03Z035306M

Ein Ersuchen an den Briefträger: Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit.

Name

Straße/Nr.

Postleitzahl/Ort

Besten Dank